

**SPEZIAL-
AUSGABE**

Jahresbericht 2019

**Globale Gerechtigkeit
beginnt bei uns**

PUBLIC EYE MAGAZIN
Nr. 22 Februar 2020

Public Eye

Inhalt

- 5 **Pestizide**
- 8 **Clean Clothes Campaign**
- 13 **Agrarrohstoffe**
- 17 **Rohstoffe**
- 19 **Handelspolitik**
- 22 **Gesundheit**
- 25 **Konsum**
- 26 **Konzernverantwortungsinitiative**
- 28 **Schulbesuche**
- 30 **Freiwillige**
- 33 **Organisation**
- 42 **Dank**
- 43 **Jahresrechnung 2019**
- 51 **Mission**



Pierrette Rohrbach, Präsidentin

PUBLIC EYE MAGAZIN Spezialausgabe |
Jahresbericht 2019, Nr. 22 | Februar 2020

—
ISSN 2504-1266 – Das Public Eye Magazin erscheint
6 Mal pro Jahr in Deutsch und Französisch. Mitglied-
schaft inklusiv Abonnement 75 Franken pro Jahr.

REDAKTION Roman Bolliger (D), Raphaël de
Riedmatten (F) | MITARBEIT Daphne Grossrieder,
Maxime Ferréol | GRAFIK Karin Hutter
FOTOGRAFIE Marion Nitsch
DRUCK Vogt-Schild Druck AG, Cyclus Print
& Leipa, FSC | AUFLAGE D: 27 200 Ex./F: 9700 Ex.

KONTAKT Public Eye
Dienerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0) 44 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch
publiceye.ch
—
POSTKONTO 80-8885-4

Editorial

Jenseits von Gründungsmythen, Alpenklischees oder idyllischem Fondueplausch – die wir in diesem Jahresbericht ein wenig aufs Korn nehmen – zeigt sich: Die moderne Schweiz befindet sich an einem Scheideweg. Was für eine Schweiz wollen wir? Eine solidarische und verantwortungsvolle Schweiz, die sich für mehr Gerechtigkeit und Fairness in der Welt einsetzt? Oder eine privilegierte und egoistische Schweiz, welche die alleinigen Interessen ihrer multinationalen Konzerne und des Finanzplatzes verteidigt?

Seit ihrer Gründung vor mehr als 50 Jahren arbeitet Public Eye an der Schnittstelle dieser beiden gegensätzlichen Visionen der Schweiz und kämpft dafür, dass unser Land eine solidarischere Richtung einschlägt. Aktuell zeigt die Debatte um die Konzernverantwortungsinitiative die Spannung zwischen diesen unterschiedlichen Vorstellungen: Die Verfechterinnen und Verfechter einer schrankenlosen Wirtschaftsfreiheit stehen jenen gegenüber, die die problematischen Praktiken der Multis strenger regulieren möchten.

Wie es zu erwarten war, hat die Wirtschaftslobby mit ihrem jüngsten politischen Manöver versucht, die Initiative so auszuhöhlen, indem sie einen inakzeptablen Alibi-Gegenvorschlag ausarbeitete. Mit der Unterstützung unserer inzwischen über 26 000 Mitglieder, unserer Spenderinnen und Spender sowie dem Engagement unserer Regionalgruppen werden wir alles unternehmen, damit unser Land den Mut hat, sich für mehr Gerechtigkeit und Fairness zu entscheiden.

Im Namen des Vorstands und des Teams bedanke ich mich herzlich für Ihre wertvolle Unterstützung und das uns entgegengebrachte Vertrauen! | *Pierrette Rohrbach, Präsidentin*



Tödliche Pestizide
eine helvetische Tradition

Hochgefährliche Pestizide – made in Switzerland

2019 deckte Public Eye auf, dass der Basler Multi Syngenta eine zentrale Rolle im globalen Geschäft mit hochgefährlichen Pestiziden spielt. In Entwicklungs- und Schwellenländern verkauft er auch Pestizide, die in der Schweiz bereits verboten sind.

Zu Beginn des Jahres führte uns eine giftige Spur hochgefährlicher Pestizide «made in Switzerland» nach Brasilien. Das Land hat sich seit den 1990er-Jahren zur Agrarsupermacht entwickelt und ist heute der zweitgrösste Exporteur von Agrarrohstoffen wie Soja, Zuckerrohr oder Kaffee. Mit der wachsenden Produktion hat sich auch die Verwendung von Pestiziden vervielfacht: Brasilien konsumiert heute neun Mal mehr Agrargifte als vor 30 Jahren – und mit rund 550 000 Tonnen jährlich so viel wie kein anderes Land. Dieser massive Einsatz von Pestiziden bleibt nicht ohne Folgen für die Umwelt und die Gesundheit der Menschen.

Im Bundesstaat Mato Grosso sprachen wir – inmitten von Monokulturen – mit Landarbeitern, Expertinnen und Eltern von erkrankten Kindern. Deren Wahrneh-

mung, dass es in Regionen mit übermässigem Pestizideinsatz eine auffällige Häufung von Krebserkrankungen bei Kindern und Geburtsfehlern gibt, wird zunehmend durch wissenschaftliche Studien untermauert.

Omnipräsente Syngenta

Nach Marken des Basler Agrarmultis Syngenta brauchten wir im Mato Grosso nicht lange zu suchen: Gramoxone, Engeo Pleno oder Primoleo heisst es auf Werbetafeln, Verkaufsstellen und Pestizidbehältern. Alle drei Produkte enthalten Wirkstoffe, deren Verwendung auf Schweizer Äckern verboten ist, weil sie akut hochgiftig für den Menschen sind, Bienen schädigen oder Trinkwasserquellen verunreinigen. Dennoch verkauft Syngenta diese weiterhin: Unter anderem in Brasilien, wo der

Konzern führend im lukrativen Geschäft mit der Agrarchemie ist.

Gift im Trinkwasser

Spuren dieses Geschäfts finden sich in Brasilien auch in einem überlebenswichtigen und äusserst kostbaren Gut: dem Trinkwasser. Während Monaten hat Public Eye gemeinsam mit brasilianischen Investigativ-Journalistinnen von Repórter Brasil Daten des nationalen Programms zur Kontrolle der Trinkwasserqualität analysiert. Die Resultate zeigen, dass Millionen Brasilianer und Brasilianerinnen regelmässig einem Cocktail an Pestiziden ausgesetzt sind, dessen langfristige Effekte heute noch nicht vollständig absehbar sind. Im Trinkwasser wurden auch Substanzen nachgewiesen, die in Brasilien von Syngenta verkauft werden. Durch eine interaktive Karte verschafften wir der Bevölkerung Zugang zu detaillierten Informationen über die Pestizide, die im Wasser ihrer Gemeinden gefunden wurden. Unsere Enthüllungen führten zu einer landesweiten Welle der Empörung: Hunderte Newsportale, Zeitungen und Fernsehsender berichteten über die Publikation, und es kam zu politischen Anhörungen in zahlreichen Gemeinden und Bundesstaaten sowie im nationalen Kongress in Brasília.

Lukrative Geschäfte

Den zahlreichen Menschen, die sich in Brasilien gegen die massive Verwendung von Pestiziden auflehnen, gaben wir in der Schweiz symbolisch durch die «Pesticide Portraits» – Bilder, die mit pestizidverseuchtem Wasser gemalt wurden, – ein Gesicht. Mit einer Petition forderten wir Syngenta dazu auf, den Verkauf von sogenannten hochgefährlichen Pestiziden in Brasilien und weltweit zu stoppen. Denn unsere auf exklusiven Daten basierende Recherche zeigte, dass der Konzern eine zentrale Rolle beim globalen Verkauf von Pestiziden spielt, die wegen ihrer Gefahren für die Umwelt oder die menschliche Gesundheit auf der Liste der «hochgefährlichen Pestizide» des Pesticide Action Network (PAN) stehen. Allein 2017 erzielte Syngenta damit schätzungsweise 3,9 Milliarden US-Dollar Umsatz – so viel wie kein anderer Konzern. Viele dieser Pestizide sind in der Schweiz und in Europa verboten. Insbesondere in Entwicklungs- und Schwellenländern macht Syngenta damit äusserst lukrative Geschäfte.

38 000 Unterschriften gegen hochgefährliche Pestizide

Im August zogen Aktivistinnen und Aktivisten von Public Eye die sperrige Kiste mit den «Pesticide Portraits»

durch Basel, um Syngenta die Petitionsunterschriften von fast 38 000 Menschen zu übergeben. Als wir mit dem ungewöhnlichen Kunsttransport vor dem Hauptsitz ankamen, wurden wir von Syngenta-Mitarbeitenden überrascht, die uns «dialogbereit» erwarteten und uns erst noch einen Apéro offerierten (den wir dankend ablehnten). Statt einer öffentlichen Übergabe hätte der Konzern denn auch ein Gespräch unter vier Augen bevorzugt – auf «wissenschaftlicher Grundlage» und im Hinblick auf die grossen Herausforderungen unserer Zeit.

Der Agromulti ist in letzter Zeit mehr denn je bemüht, sich ein grünes Mäntelchen umzulegen, und beteuert, ein offenes Ohr für die Sorgen der Bevölkerung zu haben – etwa über «Listening Sessions» mit der Zivilgesellschaft. Egal wie sehr Syngenta ihre Bereitschaft zum Dialog hervorhebt – geht es um die sozialen und ökologischen Probleme, die ihr Geschäftsmodell im Kern mit sich bringt, stellt der Konzern sich weiterhin taub. Obwohl immer mehr Staaten die gefährlichsten Pestizide verbieten, weigert sich der Konzern noch immer standhaft, dem hochgiftigen Geschäft weltweit den Rücken zu kehren. ■

Ausblick

- Letztes Jahr konnte Public Eye erstmals aufzeigen, welche zentrale Rolle Syngenta im globalen Geschäft mit hochgiftigen Pestiziden spielt. Auch 2020 wird sich Public Eye mit diesem umstrittenen Geschäft der grossen Agrochemiekonzerne beschäftigen. Viele schrecken nicht davor zurück, in Entwicklungs- und Schwellenländern Pestizide zu verkaufen, die in ihren Sitzstaaten wie der Schweiz oder den Ländern der EU aus Gründen des Umwelt- oder Gesundheitsschutzes bereits verboten sind. Wir wollen den Druck auf die Konzerne und die Politik weiter erhöhen, diese Doppelmoral zu beenden.
- In der Schweiz wird sich Public Eye weiterhin dafür einsetzen, dass der Export verbotener Pestizide endlich gestoppt wird und dass sich die Behörden auch international für konsequente Lösungen starkmachen. Um künftige Generationen zu schützen, ist es unabdingbar, dass die giftigsten Pestizide weltweit vom Markt genommen werden.

Löhne zum Leben

Von Lohnprotesten in Bangladesch zum Jahresbeginn über unseren offenen Brief an Modefirmen bis hin zur Kampagne «Ausbeutung passt mir nicht!»: Die Forderung nach existenzsichernden Löhnen stand im Jahr 2019 im Mittelpunkt der Arbeit von Public Eye.

Anfang des Jahres rief die Clean Clothes Campaign (CCC) zu einer internationalen Woche der Solidarität mit den Textilarbeiterinnen in Bangladesch auf, nachdem die dortigen Lohnstreiks brutal niedergeschlagen wurden. In Genf, Berlin, Brüssel, Den Haag, Edinburgh, London, Madrid, New York und Washington, D.C. fanden Demonstrationen und Solidaritätsaktionen vor den Botschaften und Konsulaten von Bangladesch statt. Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und Verbraucherschutzverbände auf der ganzen Welt forderten Existenzlöhne, ein Ende der Repression gegen Textilarbeiterinnen und sichere Fabriken in Bangladesch.

Um Existenzlöhne in der Textilindustrie ging es auch im April, als die Clean Clothes Campaign Schweiz, Fashion Revolution Switzerland, Public Eye und Walk-in Closet Schweiz mit einem gemeinsamen offenen Brief

Modefirmen zur öffentlichen Diskussion über Löhne einluden: Wieviel verdienen die Menschen, die Kleidung herstellen, transportieren und verkaufen? Nur wenige Firmen haben den Ball aufgenommen und uns geantwortet, weshalb wir im Herbst den Druck erhöht und selbst nachgeforscht haben.

Ausbeutung passt uns nicht!

Im September starteten wir die Kampagne «Ausbeutung passt mir nicht!». Im Fokus stand die Forderung nach Löhnen, die zum Leben reichen und die Frage, wo die Firmen heute diesbezüglich stehen. Unser Firmencheck 2019 zu Existenzlöhnen in der Textilbranche hat gezeigt, dass sich in den letzten fünf Jahren – trotz vieler vollmundiger Versprechen der Moderiesen – erschreckend wenig verändert hat: Auch wenn einige der 45 befragten Firmen



Heidi
deine Welt

ist Fast Fashion



Fortschritte erzielt haben, verdient noch immer kaum eine Arbeiterin in deren Lieferketten genug zum Leben. Die freiwilligen Massnahmen der Modefirmen greifen entweder gar nicht oder sie bringen zu wenig.

Public Eye fordert deshalb klare Lohnrichtwerte, eine zeitgebundene, konkrete Strategie und – als ersten Schritt – mehr Transparenz. Bislang verweigern jedoch die meisten Firmen Informationen zu den konkreten Löhnen bei ihren Zulieferbetrieben und verstecken sich hinter dem Nichtstun der anderen.

Die Mauer des Schweigens

Wir wollten herausfinden, ob der Druck von Konsumentinnen und Konsumenten hilft, die Mauer des Schweigens ins Wanken zu bringen. Public Eye hat deshalb unter dem Motto «Ausbeutung passt uns nicht» dazu aufgerufen, mit acht Firmen in den Dialog zu treten und von diesen Transparenz über Zulieferfabriken und Löhne einzufordern sowie konkrete Antworten darauf, wann alle Arbeiterinnen und Arbeiter in ihren Lieferketten einen Existenzlohn erhalten werden. Insgesamt hat Public Eye mehr als 200 000 Anfragen an die Kundendienste von Calida, C&A, H&M, Strellson, Tally Weijl, Triumph, Zalando und Zara weitergeleitet.

Der Kundendialog

Unser vorläufiges Fazit zum Kundendialog: Erfreulich viele Menschen haben mitgemacht und den Firmen gezeigt, dass es immer schwieriger wird, zum Thema Löhne zu schweigen. Dennoch weichen die Firmen immer noch aus, wenn es darum geht, konkret zu werden – oder verstecken sich hinter wohlklingenden Phrasen.

Um das zu ändern, gilt es, den Druck aufrechtzuhalten und dafür auch neue Wege zu gehen: Mit einer partizipativen Recherche (Crowd Research) zeigten wir gemeinsam auf, dass es durchaus Firmen gibt, die transparenter sind. Insgesamt wurden über 250 Firmen erfasst und bezüglich der Lohn- und Lieferkettentransparenz, der öffentlichen Erwähnung eines Existenzlohns und eines Aktionsplans unter die Lupe genommen.

Was steckt in einem Zara-Hoodie?

Armutslöhne, exzessive Überstunden, prekäre Arbeitsverträge: Eine Recherche von Public Eye zu den Produktionsbedingungen eines symbolträchtigen Kapuzenpullover gewährte einen Blick hinter die Kulissen des Textilgiganten und Zara-Mutterkonzerns Inditex. Im Herbst 2019 haben wir uns auf die Spur des Zara-Produkts – notabene aus der «Join Life»-Linie, die besonders nachhaltig sein soll – gemacht und liessen nicht locker, bis

wir die türkischen Fabriken gefunden hatten, in denen es hergestellt wurde. Unsere Recherche vor Ort und die detaillierte Schätzung, die wir zur Preisaufteilung in der Fertigung dieses Pullovers vorgenommen haben, zeigen: Die astronomischen Gewinne, die Inditex erzielt, sind nur möglich, wenn der Konzern die Kosten drückt – und die Folgen in Kauf nimmt, die diese für die Menschen in der Produktion haben.

Die Monatslöhne für Fabrikarbeitende, von denen uns berichtet wurde, bewegen sich zwischen 2000 und 2500 türkischen Lira – umgerechnet etwa 340 bis 420 Schweizer Franken. Das entspricht gerade mal rund einem Drittel eines tatsächlichen Existenzlohns – ein Lohn also, von dem zwei Erwachsene und zwei Kinder in Würde leben können. Währenddessen verdient Inditex unseren Schätzungen zufolge an jedem Kleidungsstück zwei Mal mehr als alle in der Herstellung involvierten Personen zusammen. ■

Ausblick

- Public Eye wird sich auch in Zukunft nicht mit leeren Worten abspesen lassen, sondern weiterhin hartnäckig zu den Lieferketten einzelner Marken und zur Wertschöpfungsstruktur konkreter Kleidungsstücke recherchieren. Das Thema Existenzlöhne bleibt auch 2020 ein Schwerpunkt. Da immer offensichtlicher wird, dass freiwillige Initiativen von Firmen zwar schön klingen, aber in der Praxis viel zu wenig bewirken, werden wir insbesondere auf verbindliche Massnahmen pochen, bei denen die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter auf existenzsichernde Löhne und menschenwürdige Arbeitsbedingungen nicht vom Wohlwollen einzelner Firmen abhängen, sondern für alle Unternehmen verpflichtend und im Konfliktfall für die Beschäftigten einklagbar sind.
- Im Juni 2020 trifft sich die Clean Clothes Campaign zu ihrem Global Forum. Das alle fünf Jahre stattfindende Treffen wird diesmal in Indonesien durchgeführt. Es bietet uns als Netzwerk den Raum, gemeinsam zurückzublicken und zugleich unsere Strategie für die kommenden Jahre zu diskutieren.



Trotz Skandalen: Bundesrat bleibt untätig

Die Schweiz ist einer der wichtigsten Handelsplätze für Agrarrohstoffe wie Weizen, Zucker, Kakao oder Kaffee. Public Eye hat recherchiert, wer damit die grössten Profite macht – und wer am meisten unter dem globalen Agrarrohstoffhandel leidet.

2011 erschien das Buch «Rohstoff – das gefährlichste Geschäft der Schweiz». Wir traten mit dieser Publikation eine breite Diskussion zum Rohstoffhandelsplatz Schweiz los, die sich alsdann hauptsächlich um die Machenschaften der hiesigen Öl- und Mineralerzhändler drehte. In unserem Buch fand sich auch ein Kapitel zu den sogenannten Soft-Commodity-Händlern. Agrarrohstoffe wie Soja, Baumwolle oder Kaffee werden im Jargon des Rohstoffhandels unter «Soft Commodities» zusammengefasst.

Public Eye wollte mehr über die hier ansässigen Soft-Commodity-Handelsunternehmen erfahren und herausfinden, wie gross ihr Einfluss entlang der globalen landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten ist. Das ist gar nicht so einfach, denn nur wenige der Agrarrohstofffirmen werden an der Börse gehandelt. Viele sind in Familienbesitz und müssen ihre Geschäftszahlen nicht offenlegen. Die Natur des Transithandels erlaubt es zudem

nicht, die Geschäftstätigkeiten der Firmen in der Schweizer Import- und Exportstatistik nachzuverfolgen, da die meisten Güter die Schweiz nie physisch erreichen.

Sehr einflussreiche Akteure

Klar ist: In der Schweiz wird vornehmlich der Handel abgewickelt, Tausende Kilometer entfernt vom Elend auf den Plantagen und Feldern, wo die Baumwolle geerntet, die Bananen gepflückt und die Maisfelder besprüht werden. Deshalb werden die Namen der Händler auch selten mit erschöpften Erntehelferinnen, schuftenden Kindern und vergiftetem Grundwasser in Verbindung gebracht.

Doch die Handelsfirmen haben eine direkte Mitverantwortung, wie wir mit unserer im Juni 2019 veröffentlichten Recherche aufzeigten. Denn viele haben ihre Geschäftstätigkeit entlang der Wertschöpfungskette ausgedehnt: Die meisten haben Verarbeitungsfabriken gekauft,

manche haben sogar eine eigene Handelsschifflotte. Sie besitzen zudem eigene Ländereien und haben damit direkten Einfluss auf die Produktionsbedingungen. Der Agrarrohstoffhandel ist dazu noch stark konzentriert: Wenige Firmen teilen sich den Profit untereinander auf.

Unhaltbare Arbeitsbedingungen

Das Machtgefälle von den Händlern zu den Produzenten oder zu den Arbeiterinnen und Arbeitern ist somit riesig. Und die Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft, besonders bei arbeitsintensiven Rohstoffen wie Baumwolle, Kaffee, Kakao, Bananen oder Zitrusfrüchte, sind brutal. Wir haben Dutzende von Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen dokumentiert, die auf das Konto der hier ansässigen Handelsunternehmen gehen. Noch heute arbeiten unzählige Landarbeiterinnen und -arbeiter in Schuldknechtschaft und ohne die nötige Schutzausrüstung. In keiner Branche gibt es so viele Fälle schwerer Kinderarbeit wie in der Landwirtschaft.

Bei den Rohstoffen, die grossflächig angebaut und maschinell geerntet werden können, fand Public Eye zudem zahlreiche Indizien für Landraub und illegale Abholzung. Der gesamte Landwirtschaftssektor ist durchzogen von Misswirtschaft und Korruption. Auch wenn die Handelsfirmen nicht für alle Probleme der Branche

verantwortlich gemacht werden können: Sie organisieren oft die gesamte Lieferkette, vom Anbau bis zum Engrosverkauf. Somit sitzen sie an den entscheidenden Schalthebeln und hätten die Möglichkeit, die Not der Arbeiterinnen und Kleinbauern weltweit zu lindern. ■

Ausblick

- Die Agrarrohstoffhändler machen ihr Geschäft im Ausland und deponieren den Gewinn in der Schweiz. Unser Land profitiert vom Steuersubstrat dieser Firmen, für die massgeschneiderte Steuerpakete geschnürt und die aktiv angeworben werden. Doch wenn es um die Verantwortung für die miserablen Arbeitsbedingungen im Anbau von Agrarrohstoffen geht, drückt die Schweiz gerne ein oder zwei Augen zu.
- In diesem Jahr wird Public Eye mit einer Kampagne die Schweiz an ihre Pflicht erinnern, auch den Agrarhandel endlich in die Verantwortung zu nehmen. An einem konkreten Agrarprodukt zeigen wir auf, was rücksichtsloses Geschäftsgebaren für die Lebensrealität derjenigen Menschen bedeutet, die am Anfang der Lieferkette stehen – jenseits der hochtrabenden Versprechen in den Hochglanzprospekten der Handelshäuser.



Wir wollen sein
verantwortungsvolle Konzerne



Ausbeutung 10 min
Gier 20 min
Korruption 45 min

Solidarität 9 h
Gerechtigkeit 23 h



Die Schweiz
am Scheideweg



Die Schlinge zieht sich zu

Das siebtgrösste Unternehmen der Schweiz wurde 2019 wegen Korruption verurteilt; die Bundesanwaltschaft durchsuchte im Zusammenhang mit dem gigantischen Petrobras-Korruptionsskandal die Büros der Nummer 1 und der Nummer 3. Und die britische Anti-Korruptionsbehörde eröffnete eine Untersuchung gegen den zweitgrössten Konzern.

Alle diese Firmen haben eine Gemeinsamkeit: Sie sind Rohstoffhändler. Hier die Auflösung: Vitol (Nr. 1), Glencore (Nr. 2), Trafigura (Nr. 3) und Gunvor (Nr. 7). Es gibt eine weitere Gemeinsamkeit: Public Eye hat in der Vergangenheit zu all diesen Fällen gearbeitet.

Schon 2017 zeigten wir die zweifelhaften Praktiken des Genfer Rohstoffhändlers Gunvor im Kongo auf und dokumentierten die Auswüchse einer gigantischen Affäre. In ihrem Strafbefehl von 2019 hielt die Bundesanwaltschaft fest, Gunvor habe nicht alle erforderlichen und zumutbaren organisatorischen Vorkehrungen (gemäss Art. 102 des Schweizerischen Strafgesetzbuchs) getroffen, um Bestechung zu verhindern. Der Rohstoffhändler habe sich «schwere Mängel in der internen Organisation» zuschulden kommen lassen. Und in ihrer Medi-

enmitteilung schrieb sie gar: «das Korruptionsrisiko seitens Gunvor [scheint] als Bestandteil der Geschäftstätigkeit akzeptiert worden zu sein».

Zu den Hausdurchsuchungen: Anfang November 2018 hatte eine Recherche von Public Eye aufgezeigt, dass Vitol und Trafigura Mittelsmänner bezahlten, die im Verdacht stehen, in Brasilien Manager des halbstaatlichen Ölkonzerns Petrobras, Führungskräfte sowie Politiker und Politikerinnen bestochen zu haben. Gegen Glencore hatte Public Eye schon vor zwei Jahren eine Strafanzeige wegen mutmasslich korrupter Aktivitäten in der Demokratischen Republik Kongo eingereicht. Der Zuger Rohstoffriese hat dort dank des umstrittenen Türöffners Dan Gertler für begehrte Kupfer- und Kobaltminen massive Rabatte erhalten. 2019 reichten wir bei

der Bundesanwaltschaft dazu ein weiteres brisantes Dokument ein. Allem Anschein nach geht es auch bei der Untersuchung gegen Glencore in Grossbritannien um diesen Fall.

Trafiguras dubiose Geschäfte im Südsudan

Auch im Jahr 2019 zeigte Public Eye mit einer Recherche, dass der Einsatz von dubiosen Türöffnern leider weiterhin eine gängige Praxis ist: Der Genfer Rohstoffriesen Trafigura hat der Regierung des Südsudans Dutzende Millionen geliehen. Das Land hat dabei de facto seine Erdölreserven verpfändet. Ein Teil dieser Vorfinanzierung an das von Bürgerkrieg und Korruption geplagte Land landete auf dem Konto eines zwielichtigen Mitelmanns. Diesem ehemaligen israelischen Soldaten wird vorgeworfen, den Konflikt in der Region geschürt zu haben, indem er beiden Kriegsparteien Raketenwerfer und Munition verkaufte. Das Beispiel des Südsudans veranschaulicht einmal mehr die Notwendigkeit einer Rohstoffmarktaufsicht (ROHMA) und von Sorgfaltspflichten für Rohstoffhandelsfirmen.

Strafanzeige gegen die Credit Suisse

Auch Korruption in der Finanzbranche beschäftigt Public Eye 2019. Kredite von über zwei Milliarden US-Dollar,

durch Schmiergelder vergeben und in grossem Stil vertunt, haben im bitterarmen Mosambik die Staatsschulden explodieren lassen. Die Hälfte dieser Summe hat die britische Tochtergesellschaft der Credit Suisse vergeben.

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Neuverschuldung setzten der Internationale Währungsfonds und verschiedene Länder, darunter die Schweiz, die direkte Budgethilfe an Mosambik aus. Die daraufhin gestiegene Inflation und die Sparmassnahmen der Regierung trafen und treffen die Bevölkerung eines der ärmsten Länder der Welt. Es gibt genügend Indizien, um in der Schweiz eine Untersuchung zu eröffnen und die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Zürcher Muttergesellschaft bei der Kreditvergabe und den mutmasslichen Bestechungszahlungen zu klären. Public Eye reichte deshalb im Frühjahr 2019 bei der Bundesanwaltschaft in Bern eine Strafanzeige gegen die Credit Suisse ein. ■

Ausblick

► Auch wenn es im Fall von Gunvor im Kongo ausnahmsweise geklappt hat, einen Konzern wegen Korruption zu verurteilen, so ist das leider immer noch die grosse Ausnahme. Und trotz der Einschätzung der Bundesanwaltschaft, dass Korruption zum Geschäftsmodell von Gunvor gehörte, kam deren Führungscrowd ungeschoren davon. Im kommenden Jahr werden wir uns deshalb den Fragen annehmen, warum dies so ist. Weshalb ist es hierzulande so schwierig, diese Verbrechen zu untersuchen und die Schuldigen zu bestrafen? Fehlen die gesetzlichen Grundlagen? Gibt es unüberwindliche prozedurale Schwierigkeiten oder fehlt der Wille der Strafverfolgungsbehörden? Warum beträgt die Höchststrafe für Unternehmen lächerliche fünf Millionen Franken? Und vor allem: Was muss getan werden, damit nicht länger weggeschaut und verharmlost wird und Korruption so bekämpft wird, dass Firmen auch wirklich abgeschreckt werden?

► Selbstverständlich werden wir auch im Jahr 2020 den Konzernen auf die Finger schauen und ihre dubiosen Praktiken unter die Lupe nehmen. Wer von den sieben grössten Schweizer Firmen sich warm anziehen muss, verraten wir natürlich noch nicht.

Handel endlich nachhaltig gestalten

Ob mit Malaysia, Indonesien oder den Mercosur-Staaten, die Schweiz muss ihre Handelsabkommen konsequenter an der Nachhaltigkeit ausrichten. Dafür braucht es weiterhin den Druck von Public Eye.

Wir dürfen ein bisschen stolz sein: Nicht zuletzt dank unserer jahrelangen Arbeit zu Palmöl wurden beim Freihandelsabkommen mit Indonesien zum ersten Mal überhaupt Zollreduktionen für ein Importprodukt an dessen nachhaltige Produktionsweise geknüpft. Dies ist zweifellos ein halber Schritt in die richtige Richtung – aber eben nur ein halber. Denn erstens wird im Abkommen nicht klar definiert, was unter nachhaltigem Palmöl zu verstehen ist. Zweitens ist keine systematische Überprüfung der Einhaltung dieser Bestimmung vorgesehen und drittens gibt es keine wirksamen Sanktionen im Falle eines Verstosses. Entsprechend hat Public Eye mit mehreren Vorstössen versucht, das Parlament vor der

Ratifikation des Abkommens von der Notwendigkeit von zusätzlichen Massnahmen zu überzeugen. Bisher jedoch ohne Erfolg.

Handelsabkommen mit Mercosur

Auch das Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten (Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay) hat uns im letzten Jahr intensiv beschäftigt. Dies auch, weil das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) offenbar – im Gegensatz zum Abkommen mit Indonesien – eine Kehrtwende vollzogen hat (sicher wissen wir es nicht, da der Vertragstext auch mehrere Monate nach Verhandlungsabschluss nicht öffentlich zugänglich ist). Ausgerechnet in Zeiten, in denen für die Ausdehnung der landwirtschaftlichen Produktion der Amazonas abgebrannt wird, möchte die Schweiz auf entsprechende Nachhaltigkeitsbestimmungen als Bedingung für die Gewährung von Zollkonzessionen verzichten. ■

Ausblick

► Dieses Jahr werden wir unseren Kampf für ein umweltgerechtes und menschenrechtskonformes Mercosur-Abkommen verstärken. Das von verschiedener Seite angekündigte Referendum gegen das Freihandelsabkommen wird eine willkommene Gelegenheit sein, um den Bundesrat von der notwendigen Neuausrichtung seiner Handelspolitik zu überzeugen.

► Angesichts der erdrückenden Belege für die Internierung von über einer Million Uiguren und Uigurinnen in Zwangslagern im Nordwesten von China haben wir Ende des letzten Jahres die sofortige Sistierung des Handelsabkommens mit China verlangt. Dieser Forderung werden wir auch im laufenden Jahr Nachdruck verleihen. Denn zu gross ist die Gefahr, dass Produkte aus solcher Zwangsarbeit auf den Schweizer Markt gelangen – und dank des Freihandelsabkommens auch noch von Zollvergünstigungen profitieren!

Profit ist Trumpf



Historischer Erfolg gegen Pharmapatent

Unsere Kampagne für bezahlbare Medikamente aus dem Jahr 2018 trägt Früchte. Der Bundesrat erwägt zwar immer noch keine Zwangslizenzen, gesteht aber zu, dass die Preiseskalation ein Problem ist. Im Jahr 2019 intervenierte Public Eye erfolgreich auf europäischer Ebene, um Novartis zum Rückzug eines missbräuchlichen Patents für eine Krebsbehandlung zu bewegen.

Die Diskussion über die Preisgestaltung von Medikamenten nahm eine neue Wende, nachdem Public Eye dem Gesundheitsminister einen fixfertigen Zwangslizenzantrag für Perjeta (Medikament von Roche zur Brustkrebsbehandlung) lieferte. In seiner ausweichenden Antwort räumte Bundesrat Alain Berset immerhin ein, dass die Preiseskalation ein Problem darstellt. Das Thema fand medialen Anklang und das Narrativ wendete sich: Im Vordergrund standen nicht mehr die hohen Forschungskosten, sondern die übertriebenen Margen.

Aktive Pharmalobbys

An der Weltgesundheitsversammlung im Mai 2019 in Genf war die Spannung spürbar. Auf der Tagesordnung stand eine Resolution für mehr Transparenz bei der Preisgestaltung von Medikamenten. Aufgrund des starken

Drucks der Pharmalobby wurde am Ende eine abgeschwächte Version verabschiedet, die jegliche Überprüfung der Forschungskosten ausschliesst. In diesem undurchsichtigen Sektor ist die Annahme einer solchen Resolution dennoch ein wichtiger Schritt. Die Pharmalobby ist auch in Bundesbern sehr präsent: Wegen ihrem Einfluss versenkte das Parlament im September 2019 eine Motion zu Zwangslizenzen, obwohl der Bundesrat zuvor den Vorstoss angenommen hatte. Die Pharmaindustrie befürchtete einen Präzedenzfall, der ihr Geschäftsmodell infrage stellen könnte.

Historischer Erfolg

Im Juli legten Public Eye und Médecins du Monde beim Europäischen Patentamt in München Einspruch gegen ein missbräuchliches Patent für Kymriah ein. Die perso-

nalisierte Blutkrebsbehandlung von Novartis kostet pro Injektion 370 000 Franken. Überraschenderweise verzichtete der Basler Konzern Ende 2019 auf das umstrittene Patent und zog sogar den Antrag auf ein weiteres, damit verbundenes Patent zurück. Ein historischer Erfolg: Die Kehrtwende schwächt die Position von Novartis in den Verhandlungen über den Preis der entsprechenden Behandlung. Und sie stärkt eine Initiative von Universitätsspitalern, die gemeinsam ähnliche, aber öffentlich finanzierte und damit deutlich günstigere Krebsbehandlungen entwickeln wollen.

Mangelnder Zugang zu Medikamenten

Public Eye und Partnerorganisationen haben im Frühling in fünf Schwellenländern, in denen viele klinische Medikamentenversuche stattfinden, den Zugang zu getesteten Medikamenten untersucht. Dabei zeigte sich, dass Roche und Novartis ihrer ethischen Verpflichtung nicht nachkommen. Sie praktizieren eine unangemessene Preispolitik: Bestimmte vor Ort getestete Krebsbehandlungen kosten in diesen Ländern mehr als in der Schweiz – ohne Kostenübernahme durch eine Versicherung. Um solche Preise zu stemmen, müsste man bei gesetzlichem Mindestlohn mehrere Jahrzehnte arbeiten! Damit wird der Zugang zu diesen Behandlungen zur Lotterie. ■

Ausblick

- ▶ Auch im Jahr 2020 wird Public Eye konkrete Lösungen vorschlagen und für mehr Transparenz bei der Preisgestaltung von patentierten Medikamenten eintreten. Deren Preise verschlingen heute einen Fünftel der Prämieingelder.
- ▶ Die bisher vom Bundesrat ins Auge gefassten Massnahmen sind ineffizient, um den Kostenanstieg bei patentierten Medikamenten zu bremsen, insbesondere bei Krebsbehandlungen. Dies hat Einschränkungen bei der Kostenübernahme zur Folge und könnte künftig gar zu Rationierungen führen. Mehr denn je droht eine Zweiklassenmedizin. Es braucht gesetzliche Mittel wie Zwangslizenzen, um die missbräuchliche, patent- und monopolgestützte Preismacht der Pharmaindustrie in die Schranken zu weisen. Es muss dringend wieder ein Ausgleich zwischen öffentlichen (Zugang zu lebensrettenden Behandlungen zu erschwinglichen Preisen für alle) und privaten Interessen (Profite der Pharmaindustrie) hergestellt werden.
- ▶ Public Eye wird weiterhin gegen missbräuchliche Patente vorgehen, die – wie bei Kymriah – niemals hätten erteilt werden dürfen.



*Ein Kranz für die
Zivilgesellschaft*



Verantwortungsvoller Konsum

Können wir konsumierend die Welt retten? Ist nachhaltiger Konsum überhaupt möglich?
Wo liegt die Verantwortung von Konsumierenden, wo braucht es Regulierung und Verbote?

Immer wieder wird Public Eye angefragt, wie «richtiger Konsum» aussieht. Wir haben keine abschliessende Antwort, aber mit der Erarbeitung des Positionspapiers «Dimensionen verantwortungsvollen Konsums» dazu eine Diskussionsgrundlage gelegt (publiceye.ch/konsum).

Unser Wirtschaftssystem lebt vom Individualismus: individuelle Kaufentscheide, Konsumsteigerung, Besitz. Das vermittelt oft zweierlei: ein Gefühl, allein gegen die Ungerechtigkeiten auf der Welt ankämpfen zu müssen, und eine Überforderung, weil jeder einzelne Kaufentscheid vermeintlich ins Gewicht fällt.

Wir wissen: Zu viel Konsum ist für Mensch und Umwelt schädlich. Profitmaximierung durch Wachstum, Überkonsum und Verschwendung – etwa bei Kleidern oder Nahrungsmitteln – bedeuten eine Übernutzung der verfügbaren Ressourcen und Ausbeutung der Millionen von Menschen, die in internationalen Lieferketten schuften. Aber auch zu wenig Konsum ist ein Problem, denn

wenn es an Essen, Wasser oder Gesundheitsversorgung fehlt, werden Menschenrechte missachtet.

Systemische Lösungen notwendig

Angesichts der Vielschichtigkeit der Konsumprobleme und des notwendigen Tempos für Massnahmen reicht ein individuelles bewusstes Konsumverhalten nicht aus. Viele Probleme sind strukturell und erfordern systemische Lösungen. Ein wirksames Eingreifen der Politik und eine Neuausrichtung der Wirtschaft sind unumgänglich.

Wir haben viele Hebel zur Veränderung in der Hand. Unser Konsumverhalten ist einer davon. Wichtig ist jedoch, dass wir ebenfalls die anderen nutzen. Auch als politische Bürgerin, als Aktivist, als Unternehmerin oder als kritische Stimme haben wir es in der Hand, die politischen Rahmenbedingungen, die Realitäten in der Industrie und unseren gesellschaftlichen Umgang mit Konsum zu beeinflussen. ■

Foulspiel der Kovi-Gegner – auf zum Final!

Im Fussball würde man von einem Doppelpass sprechen. Doch das scheinbar erfolgreiche Manöver, um einen sinnvollen Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative (Kovi) zu vermeiden, könnte sich als Steilvorlage für die Initiative erweisen.

Im Sommer, als alle anderen Mitspielenden in den Ferien waren, schnappte sich Bundesrätin Karin Keller-Sutter den Ball, indem sie einen windelweichen Gegenvorschlag zum substanziellen Gegenvorschlag zur Kovi präsentierte. Daraufhin passte die Bundesrätin zum Zürcher Ständerat Ruedi Noser, der – applaudiert vom Trainerteam von Economiesuisse am Spielfeldrand – für einen Spielunterbruch sorgte. Mit einem Team, das fast zur Hälfte aus frischen Spielerinnen und Spielern bestand, brachte das Duo Keller-Sutter/Noser im Dezember im neuen Ständerat den Ball ins Tor: Der substanzielle Gegenvorschlag ist abgeschossen, unbändiger Jubel auf der Trainerbank.

Alibi-Gegenvorschlag soll Stimmberechtigte verunsichern

Der stattdessen verabschiedete Alibi-Gegenvorschlag ist ein Witz. Grosse Unternehmen müssten bloss jährlich

einen Bericht darüber schreiben, ob sie die Menschenrechte einhalten. Lediglich für vier Konfliktmineralien und bezüglich Kinderarbeit gäbe es Sorgfaltpflichten, und diesen fehlt zudem ein glaubwürdiger Durchsetzungsmechanismus. Der Foul-Vorschlag soll den Stimmberechtigten vorgaukeln, dass es die Konzernverantwortungsinitiative nicht mehr brauche. Es ist deshalb wichtig, dass wir möglichst vielen Menschen aufzeigen können, dass Hochglanzbroschüren allein keine Verbesserung der Situation bringen werden.

Sehr breite Unterstützung

Das vergangene Jahr nutzten Public Eye und Kovi erfolgreich, um für das Finale zu trainieren. Inzwischen gehören mehr als 120 Menschenrechts-, Umwelt-, Entwicklungs- und Konsumentenorganisationen zur Kovi-Koalition. Im Wirtschaftskomitee sind über 160 Unter-

nehmerinnen und Unternehmer für die Initiative aktiv, und ein neu gegründetes bürgerliches Komitee mit über 120 Politikerinnen und Politikern aus BDP, CVP, EVP, GLP, FDP und SVP setzt sich ebenfalls für die Anliegen der Initiative ein. Unterstützung kommt auch vonseiten der Schweizer Bischofskonferenz, dem Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund, der Schweizerischen Evangelischen Allianz, dem Verband Freikirchen Schweiz sowie zahlreichen weiteren kirchlichen Akteuren.

Matchentscheidend werden aber zuletzt die zahllosen Menschen sein, die in ihrer Gemeinde, auf dem Sportplatz, beim Einkaufen, in der Schule oder am Arbeitsplatz andere Menschen für unsere Initiative überzeugen. 2019 haben sich bereits Tausende (!) von Aktiven in über 300 Regionalkomitees zusammengeschlossen. Damit dieses Manöver bleibt, was es ist: Foulspiel! ■

Ausblick

► Mit dem Entscheid des Ständerats ist die parlamentarische Debatte immer noch nicht zu Ende. Das Geschäft geht nun zurück in den Nationalrat, der sich ja bereits zweimal für einen substanziellen Gegenvorschlag ausgesprochen hatte, der einen echten Kompromiss darstellt und sowohl von Teilen der Wirtschaft lauthals gefordert als auch vom Initiativkomitee akzeptiert wird. Am 30. Januar hat die Rechtskommission des Nationalrats über die (grossen!) Differenzen beraten. In der Frühlingssession im März kommt es dann zur Differenzbereinigung in beiden Räten und damit zum finalen Entscheid des Parlaments, bevor die Frist zur Behandlung der Volksinitiative fürs Parlament im April defi-

nitiv abläuft. Das heisst, es wird nochmals einen Showdown im Parlament geben...

► Die Chancen für einen griffigen Gegenvorschlag, der einen Rückzug der Initiative erlauben würde, sind mit dem vorläufig erfolgreichen Manöver nicht mehr besonders gross. Die langjährige Vorbereitung der Abstimmungskampagne werden wir mit einem fulminanten Schlusspurt krönen, bevor es (höchstwahrscheinlich) im September oder November 2020 zur Abstimmung kommt. 2020 wird also das entscheidende Jahr für Kovi: Mit Ihrer Unterstützung bei der Mobilisierung gewinnen wir das Finalspiel!

Persönlicher Rückblick auf die Schulbesuche

Pascale Zellweger und Florian Duss teilen sich seit drei Jahren die freiwillige Schulbesuchskoordination. Hier ihre persönliche Sicht aufs Jahr 2019.

Was ist im Jahr 2019 gelungen, was waren Herausforderungen?

Pascale – Wir hatten vermehrt Anfragen für ganze Nachhaltigkeitsschulbesuche an Schulen. Diese sind für uns freiwillige Schulbesuchenden schwieriger zu besetzen. Im Mai konnten wir aber gleich fünf Schulbesuche in der gleichen Woche durchführen.

Florian – Dass wir auch dieses Jahr keinen Besuch absagen mussten, freut mich sehr. Danke dir, Pascale, ganz herzlich, dass du oft spontan eingesprungen bist, um Besuche zu ermöglichen!

Welche Themen sind am meisten gefragt?

Florian – Handy und Kleider (CCC).

Ist die Einführung des Lehrplans 21 zu spüren?

Pascale – Ja, zum Beispiel bei einem Schulbesuch an der Oberstufe haben wir bemerkt, dass die Schülerinnen

und Schüler bereits sehr gut über Rohstoffe informiert waren.

Pascale, durch deinen Umzug an den Bodensee verlässt du das Koordinationsteam nach drei Jahren, bleibst jedoch als Schulbesuchende im Team.

Was gibst du deiner Nachfolgerin mit auf den Weg?

Pascale – Willkommen! Wir sind ein vielseitiges Schulbesuchsteam, bereit, einander zu unterstützen und voneinander zu lernen.

Im Jahr 2019 haben einige langjährige Schulbesuchende das Team verlassen. Dank vielen Neuzugängen ist die Teamgrösse in etwa gleich geblieben. Die rund 30 freiwilligen Schulbesuchenden leisteten 35 Schulbesuche in der ganzen Deutschschweiz. Auch in der Suisse Romande startete eine kleine Gruppe pilotmässig mit Schul-

besuchen. Ein grosses Dankeschön an alle Freiwilligen, die mit Kindern und Jugendlichen über gerechte Globalisierung diskutieren! ■

In der Deutschschweiz gibt es seit vielen Jahren das Public Eye Schulbesuchsprogramm, bei dem Freiwillige in Schulklassen Nachhaltigkeit zum Thema machen.

THEMEN/ALTERSSTUFE SCHULBESUCHE

Schokolade: ab Mittelstufe Primarschule (4. Kl.) und Sek. I

Kleider: ab Mittelstufe Primarschule (4. Kl.), Sek. I und untere Sek. II

Handy, Computer, Elektronik: ab Sek. I und untere Sek. II

Fleisch, Ernährung, Hunger: ab Sek. I und untere Sek. II

Fairer Handel: ab Sek. I und untere Sek. II

Interessieren Sie sich als Lehrperson für einen Schulbesuch von Public Eye oder möchten Sie selbst im Team der Schulbesuchenden aktiv werden?

Kontakt: schulbesuch@publiceye.ch oder www.publiceye.ch/schulbesuch



Florian Duss und Pascale Zellweger





Vielfältiges Engagement

Die neun Regionalgruppen (Regrus) von Public Eye wählen für ihr Engagement unterschiedliche Aktionsformen: Ausstellungen, Filmabende, Infostände oder Treffen mit Apéro dienen allesamt der Informationsvermittlung zu den diversen Themen von Public Eye. Immer wieder unterstützen uns auch Personen ausserhalb der Regrus mit ihrem Können und Wissen.

Die Regrus Winterthur und Zürich stemmten 2019 in unzähligen Freiwilligenstunden eine Riesenkiste: Sie übernahmen die von der Regru Ostschweiz konzipierte Saatgutausstellung und holten sie für vier Monate nach Winterthur. Das Rahmenprogramm mit mehr als 20 Events ermöglichte die Vernetzung von unterschiedlichsten Akteuren und Akteurinnen.

Dieses Jahr sammelten die Regrus im Frühjahr anlässlich der Public Eye-Kampagne «Stopp hochgefährliche Pestizide» an diversen Anlässen Petitionsunter-

schriften. Die Regru Bern liess sich aufgrund dieser Kampagne zum Comic «Weltreise einer Biene zu Syngentas Pestiziden» inspirieren (zu bestellen unter publiceye.ch/shop).

Engagement für Existenzlöhne

An der Kampagne «Ausbeutung passt mir nicht!» zu Existenzlöhnen in der Textilindustrie beteiligten sich die Regrus in erster Linie an der kollektiven Recherche (Crowd Research), u. a. im Rahmen von Treffen. So füllte sich die Datenbank mit Informationen zu rund 250 Kleiderfirmen beziehungsweise deren (oft fehlenden) Informationen zu Existenzlöhnen stetig. Weiter waren die Regrus auch dieses Jahr an Kleidertauschbörsen (Walk-

in Closets) präsent. Anlässlich des Black Friday organisierte die Regru Bern auch in diesem Jahr eine Aktion im Rahmen des «Chouf-nüt-Tag».

Die Konzernverantwortungsinitiative begleitet die Regrus nun schon einige Jahre. Filmabende bis hin zu ganzen Filmreihen mit eindrücklichen Dokumentarfilmen eignen sich nach wie vor, um die Initiative breiter bekannt zu machen. Auch die Zirkuswägeli der Regru Ostschweiz waren dafür wieder im Einsatz.

Engagement ausserhalb der Regionalgruppen

Nebst den Regionalgruppen unterstützen uns Freiwillige mit Recherchen, administrativen Aufgaben, Grafikarbeiten oder handwerklichem Geschick. Der Kinderliedermacher Andrew Bond schenkte Public Eye das Lied «Lohn zum Läbe», das dank Freiwilligenarbeit von Anthonie de Groot und Fotograf Martin Bichsel zusammengeschnitten wurde. Auch die Plakatserie «Lohn zum Leben?» über vier Frauen aus der Textilindustrie in Kambodscha und Bangladesch wurde von der Freiwilligen Andrea Bächtold gestaltet.

Ein grosses Dankeschön an alle Freiwilligen, die sich mit ihrer Zeit und Kreativität mit Public Eye für globale Gerechtigkeit einsetzen. ■

Mitmachen

Haben Sie Lust, sich ehrenamtlich bei Public Eye zu engagieren?

Kontakt Deutschschweiz: regrus@publiceye.ch,
Tel. 044 2 777 999 (Ursina Mayor/Ursula Haller)

Kontakt Suisse Romande: regional@publiceye.ch,
Tel. 021 620 03 03 (Danielle Schoenenberger)

Infos: www.publiceye.ch/regionalgruppen

Freiwilligenarbeit in Zahlen

Freiwillige	Anzahl Personen	Anzahl Stunden
Freiwillige Mitarbeitende im Büro	8	895
Schulbesuchende (inkl. Koordination)	40	2 150
Vorstand	10	751
Regionalgruppen	229	8 762
Total	287	12 558



Organisation

ORGANE UND STRUKTUR

Verantwortung und Entscheidungen

Public Eye ist ein Verein mit flachen Hierarchien, in dem Partizipation und Konsensentscheidungen einen hohen Stellenwert einnehmen.

Die Geschäftsleitung wird von einem vierköpfigen Kollektiv wahrgenommen. Die politische Abteilung wird von Christa Luginbühl (Schwerpunkte Konsum – Landwirtschaft – Gesundheit) und Andreas Missbach (Schwerpunkte Rohstoff – Handel – Finanzen) geleitet. Christian Engeli ist verantwortlich für die Abteilung Kommunikation & Marketing und Alessandra Silauri für die Abteilung Finanzen & Administration.

Ein starkes Team

In den beiden Geschäftsstellen Zürich und Lausanne arbeiteten per Ende 2019 34 festangestellte Personen (alle in Teilzeit). Hinzu kommen befristet angestellte Fachpersonen und Praktikantinnen sowie zwei Freiwillige, welche die Schulbesuche koordinieren (*gesamte Teamzusammensetzung siehe Seiten 38 und 39*).

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Public Eye gilt ein Gesamtarbeitsvertrag, der gemeinsam

mit der Gewerkschaft VPOD erarbeitet wurde. Die Personalinteressen werden durch eine vierköpfige Personalkommission gegenüber Geschäftsleitung und Vorstand vertreten.

Engagierter Vorstand

Die strategische Führung von Public Eye wird durch den Vorstand wahrgenommen. Die zehn Vorstandsmitglieder sind Sachverständige für verschiedene Gebiete mit Bezug zur Tätigkeit des Vereins. Gemäss Statuten sind die Deutsch- und lateinische Schweiz sowie die Geschlechter mit je mindestens vier Mitgliedern im Vorstand vertreten (*siehe Seite 37*). 2019 hielt der Vorstand fünf Sitzungen ab und engagierte sich während 751 Stunden ehrenamtlich. ■

Organigramm

(Stand Dezember 2019)



Public Eye hat Büros in Lausanne und Zürich, die gemeinsam auch die Tessiner Mitglieder sowie Spenderinnen und Spender betreuen. Neun Regionalgruppen und ein Schulbesuchsteam führen zahlreiche Aktivitäten ehrenamtlich durch. Zusätzlich engagieren sich Freiwillige in den beiden Büros. ■



Elisabeth Chappuis, Pierrette Rohrbach, Christophe Siegenthaler, Claudia Frick, Alessia Jemetta, Thomas König, Zineb Benkhelifa und Res Peter. Es fehlen: Beata Hochstrasser und Fred Sommer.

Vorstand

Präsidentin

- **Pierrette Rohrbach**, Mitglied im Vorstand der Fédération vaudoise de coopération (FEDEVACO). Im Vorstand seit 2007, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.

Vizepräsidium

- **Zineb Benkhelifa**, lic. phil. I, Assistentin der Geschäftsführung des Schweizerischen Bühnenkünstlerverbandes und Beauftragte der Stadt Zürich für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung. Im Vorstand seit 2015, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.
- **Christophe Siegenthaler**, Volkswirtschaftler, Dienstchef im Bundesamt für Statistik. Im Vorstand seit 2012, Mitglied der Finanzkommission.

Weitere Vorstandsmitglieder

- **Elisabeth Chappuis**, Rechtsanwältin, Lausanne. Im Vorstand seit 2010.
- **Claudia Frick**, lic. iur., Ausbildung in Menschenrecht, Juristin am Centre Social Protestant Vaud seit 2002. Im Vorstand seit 2016.

- **Beata Hochstrasser**, lic. phil. I., Geschäftsführerin Evangelischer Frauenbund Zürich. Im Vorstand seit 2016, Mitglied des Ausschusses für Personalfragen.
- **Alessia Jemetta**, Pflegefachfrau. Im Vorstand seit 2019.
- **Thomas König**, Prof. Dr. sc. nat., Dozent und Arbeitsgruppenleiter an der Universitätsklinik für Psychiatrie und Psychotherapie Bern. Im Vorstand seit 2018.
- **Res Peter**, Pfarrer an der reformierten Kirchgemeinde Zürich-Neumünster, Vizedekan Pfarrkapitel Zürich. Im Vorstand seit 2018.
- **Alfred Sommer**, Master in Public Administration (IDHEAP, Lausanne), selbstständiger Konsulent für Finanzmanagement, Rechnungsprüfung, Beratung und Coaching. Im Vorstand seit 2015, Mitglied der Finanzkommission.

Austritt 2019

- **Marc Audétat**, Politologe, Forschungsleiter an der Schnittstelle Wissenschaft-Gesellschaft, Universität Lausanne.

Wir bedanken uns herzlich für die Arbeit und das Engagement!

Team

Stand 31.12.19

FACHABTEILUNGEN (1250 Stellenprozente)

Konsum – Landwirtschaft – Gesundheit

- › **Flurina Doppler**, Soft Commodities (ZH)*
- › **Patrick Durisch**, Gesundheitspolitik (LS)
- › **Laurent Gaberell**, Landwirtschaft und Biodiversität (LS)
- › **David Hachfeld**, Clean Clothes Campaign (ZH)
- › **Carla Hoinkes**, Landwirtschaft und Biodiversität (ZH)
- › **Alice Kohli**, Recherchen (ZH)
- › **Silvie Lang**, Soft Commodities (ZH)
- › **Christa Luginbühl**, Fachleitung und Geschäftsleitung (ZH)
- › **Elisabeth Schenk**, Clean Clothes Campaign (ZH)*

Rohstoffe – Handel – Finanzen

- › **Thomas Braunschweig**, Handelspolitik (ZH)
- › **Adrià Budry Carbó**, Recherchen (LS)
- › **Anina Dalbert**, Juristin (ZH)
- › **Agathe Duparc**, Recherchen (LS)
- › **Anne Fishman**, Finanzen und Rohstoffe (LS)
- › **Andreas Missbach**, Fachleitung und Geschäftsleitung (ZH)
- › **David Mühlemann**, Finanzen und Rohstoffe (ZH)
- › **Urs Rybi**, Rohstoffe & Corporate Accountability (ZH)

KOMMUNIKATION & MARKETING (900 Stellenprozente)

- › **Roman Bolliger**, Marketing und Fundraising (ZH)
- › **Oliver Classen**, Medienverantwortlicher (ZH)
- › **Christian Engeli**, Abteilungs- und Geschäftsleitung (ZH)
- › **Maxime Ferréol**, Übersetzung und Redaktion (LS)
- › **Floriane Fischer**, Online-Kommunikation (LS)
- › **Daphne Grossrieder**, Online-Kommunikation (ZH)*
- › **Timo Kollbrunner**, Redaktion und Publikationen (ZH)
- › **Rebekka Köppel**, Online-Kommunikation (ZH)
- › **Ursina Mayor**, Koordination Freiwilligenarbeit (ZH)
- › **Raphaël de Riedmatten**, Publikationen und Fundraising (LS)
- › **Chantal Sierro**, Projektfinanzierung und Nachlässe (ZH)
- › **Géraldine Viret**, Medienverantwortliche (LS)

KOORDINATION SCHULBESUCHE (Freiwillige)

- › **Florian Duss** und **Pascale Zellweger** (ZH)

FINANZEN & ADMINISTRATION (600 Stellenprozente)

- › **Cornelia Celio**, Buchhaltung/Personaladministration (ZH)
- › **Sonia Cirillo**, Finanzen und Informatik (ZH)
- › **Baptiste Corthay**, Administration und Informatik (LS)
- › **Ursula Haller**, Administration Freiwillige (ZH)
- › **Sibylle Müller**, Administration und Mitgliederservice (LS)
- › **Silvia Ramseier**, Administration und Mitgliederservice (ZH)
- › **Sasha Roderer**, Administration und Mitgliederservice (ZH)
- › **Danielle Schoenenberger**, Administration und Regionalgruppen (LS)
- › **Alessandra Silauri**, Abteilungs- und Geschäftsleitung (LS)

AUSTRITTE 2019

- › **Nicole Aeberhard**, Buchhaltung/Personaladministration (LS)
- › **Camille Chappuis**, Finanzen und Rohstoffe (LS)*
- › **Rebeka Eckstein**, Online-Kommunikation (ZH)*
- › **Marc Guéniat**, Recherchen (LS)
- › **Melanie Nobs**, Online-Kommunikation (ZH)*
- › **Barbara Wüthrich Breuer**, Buchhaltung/Personaladministration (ZH)

Public Eye dankt allen Mitarbeitenden, die die Organisation im Jahr 2019 verlassen haben, herzlich für ihren wertvollen Beitrag und ihr Engagement.

*Befristete Stellen

Fotokonzept

In diesem Jahr schauen wir einige Schweizer Mythen, Traditionen und Besonderheiten aus einem etwas anderen Blickwinkel an.

Wenn nicht anders angegeben, wurden die Bilder von der Fotografin Marion Nitsch in Zusammenarbeit mit der Grafikdesignerin Karin Hutter aufgenommen.

Leider konnten die Teammitglieder Christa Luginbühl, Anne Fishman und Florian Duss nicht fotografiert werden.

Generalversammlung 2019

Eine Liveschaltung nach Basel, ein «Roadmovie» und ein hochrangiger Gast: An der Generalversammlung am 18. Mai 2019 in Fribourg standen nicht die statutarischen Geschäfte im Vordergrund, sondern die aktuelle Kampagne von Public Eye zu hochgefährlichen Pestiziden.

Ein kurzes Knacken und Flimmern, dann steht die Direktübertragung. Auf der Leinwand erscheinen zwei Aktivisten in Schutzanzügen und halten ein flammendes Statement gegen den Einsatz von hochgiftigen Pestiziden.

Mit dieser Liveschaltung an den «March against Bayer and Syngenta» startete der inhaltliche Teil der Generalversammlung. Im Anschluss stellte Carla Hoinkes, Landwirtschaftsexpertin von Public Eye, die Resultate unserer Recherche zu Syngentas toxischem Geschäftsmodell mit hochgiftigen Pestiziden vor (*siehe Seite 5*).

Mit einem kurzen Film im Stil eines Roadmovies nahmen wir anschliessend die über 200 Mitglieder und Gäste auf eine Reise nach Brasilien mit, wo die Folgen des massiven Pestizideinsatzes besonders sichtbar sind.

Besuch von UNO-Sonderberichterstatter

Höhepunkt der GV waren die Ausführungen von Baskut Tuncak, UNO-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und toxische Substanzen. Er erzählte von seinen ernüchternden Erfahrungen mit Syngenta und den Schwierigkeiten, die Verwendung von Pestiziden global zu reglementieren. Tuncak räumte auch mit dem von der Industrie verbreiteten Mythos auf, dass nur mittels massivem Pestizideinsatz die Weltbevölkerung ernährt werden könne. Das Problem sei nicht die Menge, sondern die Verteilung der Nahrungsmittel. Und vor allem dürfe das Recht auf Nahrung nicht gegen das Recht auf Leben ausgespielt werden.

Im statutarischen Teil der Versammlung genehmigten die anwesenden Mitglieder die Jahresrechnung und stellten engagierte Fragen zum Tätigkeitsbericht des vergangenen Jahres. ■



Ein grosses Dankeschön!

Seit über 50 Jahren setzt sich Public Eye für globale Gerechtigkeit ein. Dies ist nur dank dem ausserordentlichen Engagement vieler Menschen möglich: Zahlreiche Mitglieder und Spenderinnen, neun Regionalgruppen, ein Schulbesuchsteam und viele Freiwillige tragen unsere Arbeit mit.

Rund 26 000 Mitglieder unterstützen unsere Forderungen für eine gerechtere Verteilung der Ressourcen weltweit und somit für eine Schweizer Politik und Wirtschaft, die verantwortungsvoll handelt. Zusammen mit den vielen Spenderinnen und Spendern ermöglichen sie unsere Recherchen und Kampagnen.

Unsere Dankbarkeit geht insbesondere auch an jene Mitglieder, die uns ausserordentlich grosszügige Spenden anvertraut haben und an die Menschen, die uns in ihrem Testament berücksichtigt haben.

Folgende Stiftungen, Kirchgemeinden und andere Organisationen haben uns im Jahr 2019 grössere Beiträge (ab 10 000 Franken) zukommen lassen: Crain-Zivy-Stiftung, Däster-Schild Stiftung, Fédération genevoise de coopération (FGC), Fédération vaudoise de coopération (FEDEVACO), Fondation Salvia, OeME-Kommission der Evangelisch-reformierten Gesamtkirchgemeinde Bern,

Stiftung Corymbo, Stiftung GlobalLokal, Stiftung Temperatio, Volkart Stiftung und weitere, die nicht namentlich genannt werden möchten. Auch ihnen danken wir herzlich für das Vertrauen in unsere Arbeit.

Gespendete Zeit

Bei Public Eye engagieren sich ausserdem zahlreiche Freiwillige: Motivierte Mitglieder von neun Regionalgruppen und einem Schulbesuchsteam tragen unsere Anliegen auf die Strasse und in die Schulzimmer. Der zehnköpfige Vorstand von Public Eye ist ebenfalls ehrenamtlich tätig. Für dieses grosse Engagement und die gespendete Zeit sind wir sehr dankbar.

Auch im Jahr 2020 werden wir uns beharrlich für unsere Mission einsetzen: Globale Gerechtigkeit beginnt bei uns. Wir hoffen, dass wir dabei erneut auf grosse Unterstützung zählen dürfen. ■

Jahresrechnung 2019

RECHNUNGSLEGUNG 2019 NACH OR UND SWISS GAAP FER

Kommentar zur Jahresrechnung

Dank der grosszügigen Unterstützung durch unsere Mitglieder und diverse Organisationen sowie verstärkten Massnahmen zur Mitgliedergewinnung belief sich der Gesamtertrag im Finanzjahr 2019 auf fast 5,7 Millionen Franken. Ein erfreuliches Resultat, das nahezu am aussergewöhnlichen Ergebnis unseres Jubiläumsjahrs 2018 liegt.

Der Ertrag durch Mitgliederbeiträge ist um 9 % gestiegen und betrug total 1,85 Millionen Franken. Der Spenderertrag fiel mit 2,9 Millionen Franken noch höher aus als im letzten Jahr, das bereits ein Rekordjahr war. Ausserdem erhielten wir Legate in der Höhe von mehr als 196 000 Franken. Die Projekterträge beliefen sich auf fast 674 000 Franken, womit wir einen Teil des Projektaufwands decken konnten.

Der Gesamtaufwand für das Personal sowie für die Administration sind stabil geblieben. Wir investierten mehr in die Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung (14 % mehr als im Jahr 2018), was zu Mehreinnahmen bei den Mitgliederbeiträgen führte.

Jahresergebnis mit leichtem Defizit

Wir schliessen das Jahr mit einem Defizit von 155 451 Franken ab. Um dieses Defizit zu decken, wurden 100 000 Franken aus dem gebundenen Kapital für Projekte und der Restbetrag aus dem freien Kapital entnommen. Das Fondskapital – hauptsächlich aus projektgebundenen Geldern von Stiftungen und Institutionen bestehend – ist im Jahr 2019 netto um 79 463 Franken gestiegen. Das Organisationskapital beläuft sich auf 3,6 Millionen Franken, dies erlaubt uns, unsere Recherchen fortzuführen, neue Projekte zu lancieren und uns effizient bei der Kampagne für die Konzernverantwortungsinitiative zu engagieren. ■

Bilanz

Aktiven	31.12.2019		31.12.2018		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	%
Umlaufvermögen					
Flüssige Mittel	4 246 337	94	4 057 751	91	5
Forderungen	3 439	0	4 773	0	-28
Vorräte	6 283	0	5 693	0	10
Aktive Rechnungsabgrenzung ¹	84 297	2	304 415	7	-72
Total Umlaufvermögen	4 340 356	96	4 373 631	98	-1
Anlagevermögen					
Finanzanlagen ²	22 343	1	22 311	0	0
Mietkaution	42 372	1	42 361	1	0
Sachanlagen	108 319	2	26 173	1	314
Total Anlagevermögen	173 034	4	90 845	2	90
Total Aktiven	4 513 390	100	4 463 476	100	1
Passiven					Veränderung
	CHF	%	CHF	%	%
Kurzfristiges Fremdkapital					
Verbindlichkeiten ³	127 408	3	122 585	3	4
Kurzfristige Rückstellung ⁴	150 000	3	0	0	100
Passive Rechnungsabgrenzung	50 420	1	116 464	2	-57
Passive Rechnungsabgrenzung Ferien/Überzeit	426 251	9	389 128	9	10
Total kurzfristiges Fremdkapital	754 079	17	628 177	14	20
Total Fondskapital	129 463	3	50 000	1	159
Total Fremdkapital und Fondskapital	883 542	20	678 177	15	30
Organisationskapital					
Gebundenes Kapital für den Sozialplan	500 000	11	400 000	9	25
Gebundenes Kapital für Personal	880 000	19	980 000	22	-10
Gebundenes Kapital für Projekte	984 864	22	1 084 864	24	-9
Gebundenes Kapital für Legateausgleich	200 000	4	200 000	4	0
Freies Kapital	1 064 984	24	1 120 435	25	-5
Total Organisationskapital	3 629 848	80	3 785 299	85	-4
Total Passiven	4 513 390	100	4 463 476	100	1

Betriebsrechnung

Ertrag	2019		2018		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	%
Spenden	2 930 702	51	2 913 546	50	1
Legate	196 952	3	261 316	5	-25
Mitgliederbeiträge	1 854 300	33	1 700 775	29	9
Projektertrag	674 293	12	849 380	15	-21
Übriger Ertrag	37 017	1	52 657	1	-30
Total Ertrag	5 693 264	100	5 777 674	100	-1
Aufwand	2019		2018		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	%
Projektaufwand					
Personalaufwand	-2 672 522	47	-2 556 004	44	5
Sachaufwand ⁵	-1 359 191	24	-1 117 401	20	22
Total Projektaufwand	-4 031 712	71	-3 673 405	64	10
Fundraising- und allg. Werbeaufwand					
Personalaufwand	-281 035	5	-308 222	5	-9
Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung ⁶	-626 565	11	-550 454	10	14
Total Fundraising- und allg. Werbeaufwand	-907 600	16	-858 676	15	6
Administrativer Aufwand					
Personalaufwand	-559 123	11	-542 914	10	3
Betriebsaufwand	-248 040	4	-235 266	4	5
Total administrativer Aufwand	-807 163	15	-778 180	14	4
Total Aufwand	-5 746 475	102	-5 310 261	93	8
Ergebnis aus Betriebstätigkeit	-53 211	-1	467 413	8	-111

	2019		2018		Veränderung
	CHF	%	CHF	%	%
Finanzerfolg	-23 543	0	-12 426	0	89
Total ausserordentliches, einmaliges oder periodenfremdes Ergebnis	766	0	0	0	100
Ergebnis vor Veränderung des Fondskapitals	-75 988	-1	454 987	8	-117
Veränderung zweckgebundene Fonds ⁷	-79 463	-1	10 000	0	-895
Jahresergebnis (vor Verwendung/Zuweisung Organisationskapital)	-155 451	-3	464 987	8	-133
Veränderung Organisationskapital					
Veränderung gebundenes Kapital	100 000	2	-300 000	-5	100
Veränderung freies Kapital	55 451	1	-164 987	-3	-134
	0		0		0

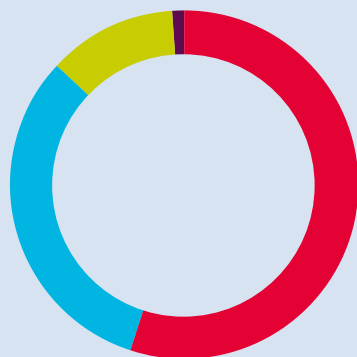
Anmerkungen zu Bilanz und Betriebsrechnung

- ¹ In der aktiven Rechnungsabgrenzung sind noch nicht erhaltene Erträge von rund 65 100 Franken enthalten, die das Jahr 2019 betreffen.
- ² Public Eye hält Aktien als Instrument zur Einflussnahme an der Generalversammlung der von uns kritisierten Firmen oder als Unterstützung von durch uns mitgegründeten Firmen.

- ³ Dies sind betriebsübliche, noch nicht bezahlte Kreditoren.
- ⁴ Rückstellung für juristische Verfahren.
- ⁵ Im Jahr 2019 führten wir zwei grosse Kampagnen zu den Themen Pestizide und Existenzlöhne (Clean Clothes Campaign) durch.

- ⁶ Public Eye intensivierte im Jahr 2019 die Bemühungen für die Mitgliedergewinnung.
- ⁷ An die zweckgebundenen Fonds wurden 577 870 Franken zugewiesen und 498 407 Franken entnommen, was zur aufgeführten Fondsveränderung führt.

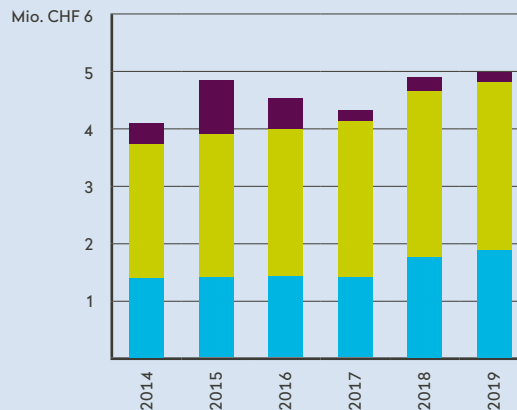
Ertrag



- 54 % Spenden und Legate
- 33 % Mitgliederbeiträge
- 12 % Projektertrag
- 1 % Übriger Ertrag

Public Eye finanzierte sich im Jahr 2019 zu 87 % aus Mitgliederbeiträgen, Spenden und Legaten. Der grösste Teil der Projektfinanzierungen stammte von Stiftungen, Kirchgemeinden und öffentlichen Institutionen. Der übrige Ertrag stammte aus Erlösen aus Warenverkäufen und Honoraren.

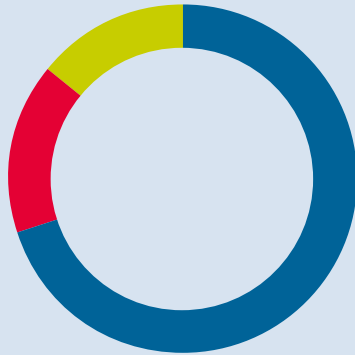
Spenden und Mitgliederbeiträge



- Legate
- Spenden
- Mitgliederbeiträge

Public Eye wies im Jahr 2019 ein erfreuliches und kontinuierliches Wachstum der Spenden auf. Die Einnahmen aus Mitgliederbeiträgen stiegen aufgrund der intensiveren Mitgliederwerbung. Die Legateinnahmen unterliegen jeweils Schwankungen. Sie lagen im Jahr 2019 mit 196 952 Franken im Rahmen des Erwarteten.

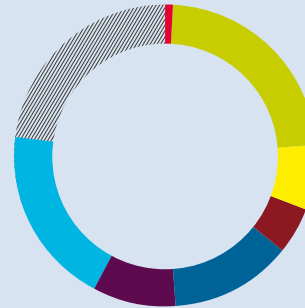
Aufwand



- 70 % Projektaufwand
- 16 % Fundraising- und allgemeiner Werbeaufwand
- 14 % Administrationsaufwand

70 % (Vorjahr 69 %) des Aufwands (inklusive Personal) flossen in die Projektarbeit. Der administrative Aufwand betrug 14 % (Vorjahr 15 %) und die Ausgaben für die Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung 16 % (Vorjahr 16 %). Public Eye intensivierte im Jahr 2019 die Bemühungen für die Mitgliedergewinnung nochmals, trotzdem blieben die Kosten für die Mitgliederbetreuung und Mittelbeschaffung auf dem gleichen prozentualen Niveau wie im Vorjahr.

Projektaufwand



- 1 % Handel
- 23 % Landwirtschaft (Pestizide)
- 7 % Gesundheit
- 5 % Finanzen und Steuern
- 13 % Rohstoffe
- 9 % Soft Commodities
- 19 % Clean Clothes Campaign
- 23 % Programmübergreifende Projektarbeit

Vom Projektaufwand (inklusive Personal) entfielen 23 % auf den Themenbereich Landwirtschaft (Pestizide) und 19 % auf den Themenbereich Clean Clothes Campaign, in denen unsere Schwerpunktkampagnen im Jahr 2019 stattfanden. Die Höhe der Projektaufwendungen hängt von den gewählten Kampagnen ab und widerspiegelt nicht die Themengewichtung. Die fachübergreifenden Ausgaben umfassten unsere allgemeine Informationsarbeit sowie unser Engagement für die Konzernverantwortungsinitiative.



Tel. +41 44 444 35 35
Fax +41 44 444 35 35
www.bdo.ch

BDO AG
Schriftstrasse 2
8031 Zürich

Bericht der Revisionsstelle zur eingeschränkten Revision an die Generalversammlung des

Public Eye, Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern, Bern.

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Betriebsrechnung, Geldflussrechnung, Rechnung über die Veränderung des Kapitals und Anhang) des Public Eye, Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern, für das am 31. Dezember 2019 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft. In Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER 21 unterliegen die Angaben im Leistungsbericht keiner Prüfungspflicht der Revisionsstelle.

Für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER, den gesetzlichen Vorschriften und den Statuten ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der bei der geprüften Einheit vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung defizitärer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit Swiss GAAP FER vermittelt und nicht Gesetz und Statuten entspricht.

Zürich, 30. Januar 2020

BDO AG

Marco Boffa

Zugelassener Revisionsexperte

i.V. Emanuel Carvalho

Leitender Revisor
Zugelassener Revisor

Revisionsbericht zur kompletten Jahresrechnung

Bei der auf den Seiten 45 bis 47 dargestellten Bilanz und Betriebsrechnung handelt es sich um einen Auszug respektive um eine gekürzte Fassung der Jahresrechnung 2019. Die komplette Rechnung 2019 wurde von der BDO AG geprüft.

Die komplette Jahresrechnung nach OR und SWISS GAAP FER kann unter www.publiceye.ch/jahresrechnung heruntergeladen oder bestellt werden.

Kontakt: 044 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch

Public Eye – Verein auf der Grundlage der Erklärung von Bern

Public Eye wurde 1968 als «Erklärung von Bern» gegründet und basiert auf dem gleichnamigen «Manifest über die Schweiz und die Entwicklungsländer». Der Vision seiner Gründerinnen und Gründer – die Bekämpfung der Ursachen der Armut – ist Public Eye bis heute treu geblieben.



Wenn Unternehmen im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, schaut Public Eye genau hin. Mit unseren exklusiven und umfassenden Recherchen decken wir Missstände auf, die ihren Ursprung in der Schweiz haben. Wir recherchieren hartnäckig und enthüllen Korruption, illegale und illegitime Wirtschaftspraktiken, die Menschen in anderen Ländern schaden. Dabei halten wir uns an journalistische Prinzipien und Qualitätsstandards bei Faktenprüfung und Quellenschutz.

Die fundierten Recherchen und Analysen von Public Eye legen nicht nur Missstände offen, sie haben immer auch zum Ziel, diese zu beseitigen. Deshalb richten wir uns mit Kampagnen an Unternehmen und die Politik, national und international. Public Eye sucht dabei das

Gespräch, konfrontiert und setzt sich hartnäckig für Verbesserungen ein. Wir haben ein profundes Wissen in unseren Dossiers und verfolgen unsere Ziele langfristig und ausdauernd.

Für Recherchen und Kampagnen arbeitet Public Eye mit Nicht-Regierungsorganisationen und Betroffenen zusammen. Wir engagieren uns in internationalen Netzwerken, um unsere Ziele gemeinsam zu erreichen. ■

► Mehr Informationen: publiceye.ch

Seit über 50 Jahren setzt sich Public Eye dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die Schweizer Politik ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen. Mit Recherchen, Kampagnen und der Unterstützung unserer 26 000 Mitglieder engagieren wir uns in der Schweiz für faire Wirtschaftsbeziehungen. Denn globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Public Eye

Dienerstrasse 12 | Postfach | 8021 Zürich
+41 (0) 44 2 777 999 | kontakt@publiceye.ch
Postkonto 80-8885-4

publiceye.ch

 facebook.com/publiceye.ch

 @publiceye_ch

 @publiceye_ch



Globale
Gerechtigkeit
beginnt bei uns

Public Eye